

ABHANDLUNGEN

Inoffizielle Mitarbeiter von Stasi und Securitate in der Bundesrepublik: Überzeugungstäter?

von Georg Herbstritt

1. Einleitung

Die Fragestellung, die diesem Beitrag zugrunde liegt, geht auf den gleichlautenden Titel eines Workshops zurück, der am 30. Juni 2017 in München stattfand: „Überzeugungstäter? Zu Motiven von Gewaltausübung und Kollaboration am Beispiel faschistischer und stalinistischer Akteure“. So einfach und einleuchtend diese Fragestellung auf den ersten Blick erscheint, so problematisch ist sie doch bei genauerer Betrachtung. Sie fasst unterschiedliche Länder, Jahrzehnte und Ereignisse zusammen. Die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion gehören ebenso dazu wie die Repressionen der „neostalinistischen Gewaltherrschaft“¹ im Rumänien Nicolae Ceaușescus der 1980er Jahre. Auch der Begriff des „Täters“ ist nur ein scheinbar eindeutiger. Die damit verbundene Gegenüberstellung von „Täter“ und „Opfer“, mithin also eine vermeintlich eindeutige Zweiteilung, übersieht die fließenden Grenzen, die es immer wieder gibt.

Die Personengruppe, um die es in diesem Beitrag gehen wird, umfasst Menschen, die vor 1990 in der damaligen Bundesrepublik Deutschland lebten und dort heimlich für einen sozialistischen Staatssicherheitsdienst im Einsatz waren. Konkret geht es um inoffizielle Mitarbeiter (IM) des rumänischen Staatssicherheitsdienstes Securitate (deren offizielle Bezeichnung mehrfach wechselte und die über lange Zeit dem Innenministerium unterstand, zuletzt als „Abteilung für Staatssicherheit“, rum. Departamentul Securității Statului) und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, die im Westen Deutschlands als Spione, Einflussagenten oder Lockvogel agierten und vereinfachend im vorliegenden Beitrag als „West-IM“ bezeichnet werden. Dabei wird die Frage im Mittelpunkt stehen, welchen Stellenwert Überzeugung als Handlungsmotiv hatte.

Im Vergleich zum stalinistischen Massenmörder oder nationalsozialistischen Kriegsverbrecher ist der West-IM offenkundig eine relativ harmlose Täterfigur. Der ohnehin schwierige Begriff des „Täters“ führt hier völlig unterschiedliche Dimensionen von Unrecht oder Verbrechen zusammen. Und sofern im Folgenden auch von den West-IM des MfS die Rede sein wird, reicht der Betrachtungszeitraum über den Stalinismus hinaus. Diese einleitende Abgrenzung ist notwendig, damit es nicht zu einer Nivellierung deutlich zu unterscheidender geschichtlicher Ereignisse kommt.

1 Zum Begriff „Neostalinismus“ vgl. Anton Sterbling: „Wir hocken und schaffen im finsternen Schacht.“ Zur kommunistischen Gewaltherrschaft in Rumänien, in: Matthias Theodor Vogt, Jan Sokol u.a. (Hrsg.): Peripherie in der Mitte Europas, Frankfurt a.M. 2009, S. 187-206, hier S. 200-203.

Das verbindende Element zwischen den verschiedenen Jahrzehnten, Regionen und Personen bildet in der eingangs zitierten Themenstellung die Frage nach Motiven und Überzeugungen. So unterschiedlich die geschichtlichen Ereignisse auch waren, stellt sich im Hinblick auf die handelnden Personen jeweils die Frage, was sie zu ihrem Tun motivierte. Vergleichende Betrachtungen können hierbei den Blick schärfen, Erkenntnisse befördern und auch vor Überzeichnungen bewahren. Im Folgenden wird zunächst erörtert, weshalb Menschen in der Bundesrepublik sich in den Dienst des MfS stellten. Anschließend wird diese Frage auf die West-IM der Securitate übertragen.

2. West-IM der DDR-Staatssicherheit in der Bundesrepublik

Überblick

Ende der 1980er Jahre waren rund 3 000 Westdeutsche und Westberliner in der damaligen Bundesrepublik (einschließlich Westberlins) für das MfS tätig. Im gesamten Zeitraum von 40 Jahren deutscher Teilung arbeiteten insgesamt rund 12 000 West-IM für den DDR-Geheimdienst. Unter diesen 12 000 West-IM findet man den klassischen Spion, aber auch den Kleinkriminellen, der in Ausnahmefällen auch einmal einen Mordauftrag ausführen sollte, ebenso wie den einfachen Spitzel, der bestimmte Adressen oder Wohngebiete ausspähte, oder den Geschäftsmann, der Hochtechnologie von West nach Ost schmuggelte. Rund ein Viertel der West-IM waren Frauen, drei Viertel waren Männer. Diese Menschen kamen aus den unterschiedlichsten Berufs- und Altersgruppen, vom 16-jährigen Jugendlichen bis hin zum 80-jährigen Senior. Manche West-IM arbeiteten nur kurze Zeit für das MfS, andere dienten dem DDR-Geheimdienst über 40 Jahre lang.²

Die West-IM bilden daher in vielerlei Hinsicht eine heterogene „Tätergruppe“, doch sie weisen mindestens zwei gemeinsame Merkmale auf. Zum einen stellten sie sich alle mehr oder weniger freiwillig in den Dienst eines staatssozialistischen Sicherheitsapparates, und zum anderen wussten sie von vornherein um die Strafbarkeit ihrer Handlungen. Denn sie lebten und agierten alle in der damaligen Bundesrepublik, in der die Arbeit für das MfS als „geheimdienstliche Agententätigkeit“ unter Strafe stand. Diese beiden Merkmale – die Freiwilligkeit und das zweifelsfreie Wissen um die Illegalität des Handelns – unterscheiden die West-IM wesentlich von anderen Tätergruppen. West-IM unterlagen im Gegensatz etwa zu Militärangehörigen keiner Dienstpflicht, und sie konnten ihr Tun nicht mit Befehlen oder

2 Für einen allgemeinen Überblick siehe Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin ²1998; Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999; Georg Herbstritt, Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.): Das Gesicht dem Westen zu... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003; Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007; Angela Schmole: Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme, Berlin 2011. Exemplarisch für die Memoirenliteratur früherer West-IM, die ihr Tun unkritisch rechtfertigen, ist der von den ehemaligen MfS-Obersten Klaus Eichner und Gotthold Schramm herausgegebene Sammelband „Top-Spione im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich“. Überarbeitete Neuauflage, Berlin 2016.

Gesetzen rechtfertigen, denen sie zu folgen hätten. Aus der Perspektive der MfS-Zentrale und der MfS-Offiziere, die einen West-IM anwarben und führten, bedeutete dies, dass sie keinen unmittelbaren Zugriff auf „ihren“ West-IM hatten, denn das Prinzip von Befehl und Gehorsam ließ sich von Ostberlin aus nicht auf Bundesbürger anwenden.

Zeitgenössische Motivanalysen des MfS

Gerade auch aufgrund dieser beiden Besonderheiten – der Freiwilligkeit und der Strafbarkeit – hat sich nicht erst die historische Forschung mit den Motiven der West-IM beschäftigt, vielmehr ging das MfS selbst bereits frühzeitig diesen Fragen nach: Warum ließen sich Bürgerinnen und Bürger der damaligen Bundesrepublik eigentlich mit dem MfS ein? Was motivierte sie, was trieb sie an – und umgekehrt, worauf musste das MfS achten, um gute, zuverlässige West-IM zu rekrutieren und dauerhaft an sich zu binden?

Ein MfS-Offizier, der einen Bundesbürger anwerben wollte, musste dessen Motive und die daraus resultierende Motivation kennen, denn diese bildeten die Grundlage der künftigen Zusammenarbeit. Aus diesem Grund befasste sich das MfS auch mit der Frage des „Überzeugungstäters“.

An dieser Stelle ist ein Blick auf die Aktenüberlieferung angebracht. Innerhalb des MfS war in erster Linie die Hauptverwaltung A (HV A) für die Auslandsspionage verantwortlich, die rund 35 Jahre lang von Markus Wolf (1923–2006) geleitet wurde.³ In der ersten Jahreshälfte 1990 gelang es der HV A, fast ihr gesamtes Archiv zu beseitigen. Dadurch sind erhebliche Überlieferungslücken entstanden. Da die HV A ein integraler Bestandteil des MfS war, blieben manche HVA-Unterlagen in den Beständen anderer MfS-Abteilungen erhalten. Außerdem waren etliche West-IM an andere MfS-Abteilungen jenseits der HV A angebunden, deren Akten noch heute vorhanden sind. In den 1990er Jahren führten dann die bundesdeutschen Ermittlungsbehörden Ermittlungs- oder Strafverfahren gegen rund 7 000 hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter der DDR-Spionage durch, unter denen sich auch rund 3 000 West-IM befanden. Diese Verfahren, so umstritten sie auch waren, brachten erheblichen Erkenntniszugewinn und füllten einige Lücken, die durch die Aktenvernichtung von 1990 verursacht worden waren.⁴

Für die Frage nach den Motiven der West-IM sind zwei Arten von MfS-Dokumenten besonders aufschlussreich: die normativen Bestimmungen über das Führen von IM („IM-Richtlinien“) und einige jener Dissertationen, die vor 1989 an der MfS-eigenen Hochschule in Potsdam von hauptamtlichen Mitarbeitern der DDR-Geheimpolizei, also von Insidern, verfasst wurden.

3 Karl Wilhelm Fricke: Markus Wolf (*1923). Drei Jahrzehnte Spionagechef des SED-Staates, in: Dieter Krüger, Armin Wagner (Hrsg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg, Berlin 2003, S. 284-309.

4 Joachim Lampe: Juristische Aufarbeitung der Westspionage des MfS. Eine vorläufige Bilanz, Berlin ³2002; Klaus Marxen, Gerhard Werle u.a. (Hrsg.): Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation. Band 4: Spionage, Berlin 2004.

IM-Richtlinien: drei Motivgrundformen

1968 und 1979 erließ Stasi-Minister Erich Mielke (1907–2000) umfassende Richtlinien für die Arbeit des MfS mit inoffiziellen Mitarbeitern außerhalb der DDR. Faktisch ging es vor allem um die Arbeit mit IM in der Bundesrepublik. Schon 1959 hatte Markus Wolf den Entwurf einer solchen Richtlinie ausgearbeitet, die damals zwar nicht formal in Kraft gesetzt wurde, aber bereits gängige Denkweisen und Arbeitsmethoden im MfS beschrieb. Diese Richtlinien regelten im Detail die Anwerbung von West-IM und die Zusammenarbeit mit ihnen.⁵ Bereits der Richtlinienentwurf von 1959 führte unter der Überschrift „Die Grundlagen der Werbung“ unmissverständlich aus: „Die Werbung durch politisch-ideologische Überzeugung bei Einhaltung des Prinzips der Freiwilligkeit ist die Hauptmethode der Anwerbung von inoffiziellen Mitarbeitern in Westdeutschland, Westberlin und im kapitalistischen Ausland. Sie ist die sicherste Basis und bietet die beste Gewähr für die Ehrlichkeit in der Zusammenarbeit und den Erfolg in der operativen Arbeit. Auch bei Werbungen auf anderer Grundlage muss es das Ziel sein, sie [die IM; G.H.] durch Überzeugung der politisch-ideologischen Basis anzunähern.“⁶

Dieses Zitat beantwortet die eingangs gestellte Frage eindeutig: Das MfS wollte im Westen bevorzugt solche Bundesbürger als IM rekrutieren, die aus einer inneren, politischen Überzeugung heraus bereit waren, für die DDR und ihren Staatssicherheitsdienst im Geheimen tätig zu werden. Insofern suchte das MfS im Westen in erster Linie „Überzeugungstäter“.

Der Richtlinienentwurf von 1959 fasste den Begriff der „politisch-ideologischen Überzeugung“ weit. Nicht nur „überzeugte Marxisten“ seien auf politischer Grundlage für eine Tätigkeit als West-IM zu gewinnen. Auch der Wunsch, zur Erhaltung des Friedens beizutragen und die innerdeutsche Verständigung zu fördern, oder die Unzufriedenheit mit bestimmten Entwicklungen in der Bundesrepublik (gesellschaftliche Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, Wiederaufrüstung, ungenügende Entnazifizierung) bildeten in den Vorstellungen des MfS eine geeignete politische Basis, um Bundesbürger zu einer inoffiziellen Zusammenarbeit zu gewinnen und zu motivieren.⁷

Der Richtlinienentwurf von 1959 benannte noch zwei weitere Grundlagen für die Anwerbung von West-IM: die „materielle und persönliche Interessiertheit“ sowie „kompromittierendes Material“, also Geld oder Erpressung. Dabei wurde auch gleich auf die Nachteile dieser beiden Methoden hingewiesen. Wer aus finanziellen Gründen mit dem MfS zusammenarbeite und somit käuflich sei, sei wahrscheinlich auch bereit, die Seite zu wechseln, sobald ein anderer Geheimdienst mehr biete. Und wer zur Mitarbeit erpresst werde, habe keinen Grund zu Loyalität und Ehrlichkeit gegenüber dem MfS und sei für eine Zusammenarbeit mit der Gegenseite besonders empfänglich.⁸

5 Der Richtlinienentwurf von 1959 und die IM-Richtlinien von 1968 und 1979 nebst Durchführungsbestimmungen und Kommentaren sind veröffentlicht in Müller-Enbergs (Hrsg.), *Inoffizielle Mitarbeiter*, Teil 2 (wie Anm. 2), S. 290-340, 352-388, 419-442, 445-464, 471-829, 899-940, 952 f.

6 Richtlinie für die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern außerhalb des Gebietes der DDR. 3. Entwurf, 17.6.1959. Veröffentlicht ebenda, S. 290-340, Zitat S. 301.

7 Ebenda.

8 Ebenda, S. 301 f.

Die späteren IM-Richtlinien von 1968 und 1979 wiederholen diese Ausführungen zu den „Grundlagen der Werbung“ mit nur geringfügigen Änderungen. Insbesondere betonen sie, dass die Anwerbung eines West-IM und die Zusammenarbeit mit ihm am effektivsten auf der Grundlage politischer Überzeugungen möglich seien.⁹ Dabei wurde aber stets darauf hingewiesen, dass die beschriebenen „Grundlagen der Werbung [...] in der Praxis meist nicht in reiner Form vor[kommen]“. Vielmehr sei von einem „Motivationsgefüge“ auszugehen, so dass ein potenzieller West-IM zum Beispiel teils aufgrund politischer Überzeugung und teils aufgrund materieller Interessen zu einer Zusammenarbeit mit dem MfS bereit sei.¹⁰

Komplexe Motivationsgefüge bei West-IM: Analysen einer MfS-Dissertation

Mit dem Motivationsgefüge der West-IM befasste sich 1972 im Detail eine Dissertation an der Hochschule des MfS in Potsdam. Ihr Autor war der HVA-Oberst Klaus Rösler (1926–1999).¹¹ Rösler war seit 1952 hauptamtlicher Mitarbeiter der DDR-Spionage. Von 1966 bis 1969 ergänzte er seine praktischen Erfahrungen noch mit einem Teilstudium in Pädagogik und Psychologie an der Universität Leipzig. Von 1971 bis 1989 leitete er die Abteilung XII der HV A und war somit verantwortlich für die Spionage gegen Einrichtungen der NATO und der Europäischen Gemeinschaft.¹² In seiner Dissertation führte Rösler aus, wie schwierig es sei, bei einem „Werbekandidaten“, also bei einem angehenden West-IM, exakt herauszufinden, auf welcher Grundlage er zu einer Agententätigkeit bereit sei. Es gebe eine „nahezu unüberschaubare große Zahl von Motiven“, die sich auch noch in „Haupt- und Nebenmotive“ aufgliederten.¹³ Rösler ging außerdem davon aus, dass sich das Motivationsgefüge eines West-IM im Laufe seiner Tätigkeit für das MfS verändere, und dass diese Veränderungen recht bald nach der Verpflichtung einsetzen konnten. Er charakterisierte die Anwerbung eines West-IM als einen „in die persönliche Sphäre eines Werbekandidaten tief einschneidenden Vorgang“ und schrieb von der „Tiefenwirkung einer Werbung“, die bei den allermeisten IM „folgschwere Gedanken“ auslöse. Am häufigsten waren demnach „innere Spannungen des Zweifelns, ob sich der IM bei der Werbung auch richtig entschieden habe“. In dieser Situation müsse der Führungsoffizier den frisch Geworbenen erneut motivieren: „Die eigentliche Werbung muss oft in Teilen oder ganz wiederholt werden“, so Röslers Erfahrung.¹⁴ In der Folgezeit ging es dann vor allem darum, den West-IM dauer-

9 [MfS, Minister:] Richtlinie 2/68 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet, Januar 1968; in: Ebenda, S. 352-388, hier S. 359-361; [MfS, HV A:] 2. Kommentar zur Richtlinie 2/79. Die Anforderungen an Inoffizielle Mitarbeiter der Dienstseinheiten der Aufklärung des MfS. Die IM-Kategorien, Mai 1980; in: Ebenda, S. 553-584, hier S. 577-580.

10 Richtlinie, 3. Entwurf, 17.6.1959, in: Ebenda, S. 300; 2. Kommentar zur Richtlinie 2/79, in: Ebenda, S. 577.

11 Klaus Rösler: Forschungsergebnisse zum Thema „Psychologische Bedingungen der inoffiziellen Arbeit in das und im Operationsgebiet“. Diss. JHS Potsdam-Eiche 1972; BStU [Bundesbeauftragter für Stasi-Unterlagen], MfS, JHS [Juristische Hochschule], Nr. 21819.

12 Jens Giesecke: Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, hrsg. vom BStU. Aktualisierte, digitalisierte Ausgabe, Berlin 2012, S. 63 (<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-2012091101>, Stand: 3.8.2017).

13 Rösler, Forschungsergebnisse (wie Anm. 11), S. 88.

14 Ebenda, S. 129, 149, 158.

haft an das MfS zu binden. Zu diesem Zweck sollte der West-IM in ein „Vertrauens- und Abhängigkeitsverhältnis“ zu seinem Führungsoffizier oder Kurier gebracht werden. Das geschah insbesondere durch persönliche und (vermeintlich) vertrauensvolle Gespräche und Begegnungen und durch regelmäßige Geldzuwendungen. Da der West-IM im Regelfall ein isolierter Einzelkämpfer war, musste er außerdem, Rösler zufolge, in den seltenen Begegnungen mit seinen Kontakteleuten aus der DDR politisch geschult und erzogen werden. Rösler schrieb von der „politischen Erziehungsfunktion“ solcher Treffen, die zur „umfassenden politisch-moralischen Stärkung des IM beitragen“ sollten.¹⁵ Mit anderen Worten ging es darum, die Überzeugung des IM von der Richtigkeit seines Tuns aufrechtzuerhalten oder zu stärken.

Bemerkenswert ist, dass Rösler in seiner psychologischen Analyse die politische Überzeugung als Motiv für eine Zusammenarbeit mit dem MfS weniger stark gewichtete, als es die IM-Richtlinien taten. Im Kontext der „politischen Erziehungsfunktion“ vermied Rösler zudem einen Begriff, der sich in den IM-Richtlinien und in anderen MfS-Dokumenten häufig findet, nämlich den des Feindbilddenkens. So verlangte beispielsweise die IM-Richtlinie 2/79, den West-IM mit dem Ziel zu erziehen, bei ihm „ein festes tschekistisches Feindbild [...] herauszubilden.“¹⁶ Das „tschekistische Feindbild“ beinhaltete „tiefe Gefühle des Hasses, des Abscheus, der Abneigung und Unerbittlichkeit gegenüber dem Feind“ und sah darin „außerordentlich bedeutsame Voraussetzungen für den erfolgreichen Kampf gegen den Feind“.¹⁷

Hass und Feindbilder sind geeignete Ausstattungsmerkmale eines funktionierenden Überzeugungstäters. Unter den hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS kamen diese Merkmale allerdings weitaus häufiger und stärker zum Tragen als unter den West-IM. So sehr das MfS in seinen normativen Bestimmungen den aus Überzeugung handelnden West-IM in den Mittelpunkt stellte, so sehr wusste man aus der Praxis, dass Überzeugung allenfalls eines von vielen Motiven darstellte. Dies zeigt die psychologische Analyse des HVA-Obersten Rösler eindrucklich.

Motivanalysen der bundesdeutschen Justiz

Fragt man nach den Überzeugungstätern unter den West-IM, so wird damit gleichzeitig nach den Motiven insgesamt gefragt. Der Verfasser des vorliegenden Aufsatzes hatte vor

15 Ebenda, S. 90, 188, 190-192.

16 [MfS, Minister:] Richtlinie 2/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet, in: Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter, Teil 2 (wie Anm. 2), S. 471-513, hier S. 491. Der im MfS-Jargon oft verwendete Begriff „tschekistisch“ leitete sich von „Tscheka“ ab, also von der 1917 von den Bolschewiki gegründeten Geheimpolizei, dem Vorläufer des KGB. „Tschekismus“ kann als eine „spezifische Ausformung der marxistisch-leninistischen Ideologie“ bezeichnet werden, die jedwede Handlung der kommunistischen Geheimdienste legitimierte und glorifizierte; vgl. Roger Engelmann, Bernd Florath u.a. (Hrsg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, Berlin ³2016, S. 165-167.

17 Dieser Auszug aus der Definition „Feindbild, tschekistisches“ findet sich in dem „Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit“, das die MfS-Hochschule Potsdam 1985 in einer Neuauflage zum internen Gebrauch erarbeitete. Es ist ediert in: Siegfried Suckut (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, Berlin 1996, S. 121 f.

mehreren Jahren die Möglichkeit, Unterlagen aus den Strafverfahren gegen jene West-IM zu analysieren, die in den 1990er Jahren wegen Spionage zugunsten der DDR angeklagt wurden.¹⁸ Das betraf rund 500 Personen, von denen die meisten bis Ende der 1980er Jahre für das MfS arbeiteten; ältere Spionagefälle konnten aufgrund der Verjährungsfristen nicht mehr zur Anklage gebracht werden. Die Frage nach dem Motiv für die Zusammenarbeit mit dem MfS spielte vor Gericht stets eine Rolle, da das Strafmaß auch danach bemessen wird, warum jemand eine Handlung beging. Naturgemäß bemühten sich viele Angeklagte, vor Gericht einen möglichst günstigen Eindruck zu hinterlassen, während die anklagenden Staatsanwaltschaften oftmals ein weniger vorteilhaftes Motivationsgefüge konstatierten.

Die Analyse dieser Strafverfahren gegen jene rund 500 West-IM zeigt, dass die meisten West-IM tatsächlich auf der Grundlage einer wie auch immer gearteten Überzeugung angeworben wurden. Rein materielle Interessen standen bei rund 15 Prozent am Beginn ihrer Agenten- oder Spitzeltätigkeit. Daneben gab es persönliche Motive, wie etwa eine enge persönliche Bindung an eine Bezugsperson, die bereits für das MfS arbeitete; das konnten die eigenen Eltern oder nahe Verwandte aus der DDR sein. Bekannt sind die Schicksale alleinstehender Sekretärinnen, die auf perfide Weise in eine geheimdienstliche Tätigkeit verstrickt wurden. Manche Bundesbürger stimulierten vor allem die Abenteuerlust, und häufig gab es, wie schon bei Rösler beschrieben, ein ganzes Bündel an Motiven.

In den Strafverfahren der 1990er Jahre gaben viele West-IM an, sie seien unter Druck angeworben worden: sie hätten beispielsweise Nachteile für ihre DDR-Verwandtschaft befürchtet oder Angst vor Verhaftung gehabt, falls sie die Zusammenarbeit mit dem MfS ablehnten. Einer kritischen Überprüfung hält dieses Argument aber nicht stand, denn jeder Bundesbürger hatte die Möglichkeit, aus der DDR auszureisen und sich somit dem MfS zu entziehen. Die DDR-Verwandtschaft erlitt dadurch keine Nachteile. Real war allenfalls die Angst davor, dass es zu Nachteilen kommen könnte. Unter den rund 500 angeklagten West-IM gab es lediglich vier, die in einer echten Drucksituation zu einer Zusammenarbeit mit dem MfS erpresst wurden: Drei von ihnen wurden bei der Einreise in die DDR verhaftet, einem vierten wurde eine Haftstrafe angedroht. In allen vier Fällen verfügte das MfS über belastendes Material und bot den Betroffenen als Ausweg an, sich zur inoffiziellen Zusammenarbeit zu verpflichten. Alle vier hätten allerdings die Möglichkeit gehabt, nach ihrer Rückkehr in die Bundesrepublik den Kontakt zum MfS abubrechen, was sie aber nicht taten. Sie konnten sich daher nicht auf einen „rechtfertigenden“ oder „entschuldigenden Notstand“ berufen, den die Paragraphen 34 und 35 des Strafgesetzbuches definieren. Demnach entschuldigt beispielsweise § 35 StGB eine rechtswidrige Handlung, wenn jemand sie beging, um „Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit“ abzuwenden. Aber kein West-IM stand in dieser Gefahr, während sich DDR-Bürger nicht so einfach dem MfS entziehen konnten. Das erklärt, weshalb weniger als ein Prozent aller West-IM unter Druck angeworben wurden, während IM, die in der DDR lebten, in einem Viertel bis zur Hälfte aller Fälle einem „Druck- und Zwangserlebnis“ ausgesetzt waren.¹⁹

Anders als es die MfS-Richtlinien suggerieren, nahm die politische Überzeugung im Laufe einer West-IM-Karriere im Regelfall nicht zu, sondern ab. Manche West-IM waren

18 Die entsprechenden Forschungsergebnisse, auf denen auch die nachfolgenden Ausführungen beruhen, sind veröffentlicht in Herbstritt, Bundesbürger (wie Anm. 2), insbesondere S. 250-295.

19 Diese Zahlen nennt Helmut Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, Berlin 2008, S. 44 f.

schlicht desillusioniert, da sie sich ihre Aufgabe anders, bedeutender vorgestellt hatten. Viele litten unter dem Doppelleben, der Heimlichtuerei und der Angst, aufzufliegen und verloren hierüber ihre anfängliche Überzeugung, eine politisch richtige Entscheidung getroffen zu haben.

Die Führungsoffiziere sorgten mit gezielt geschaffenen „Faustpfändern“ dafür, dass viele West-IM den Absprung nicht wagten. In diesen Situationen kamen die von Rösler beschriebenen „Vertrauens- und Abhängigkeitsverhältnisse“ zur Geltung. Neben (vermeintlich) vertrauensvollen Gesprächen und gemeinsamen Unternehmungen des West-IM mit seinem Führungspersonal in der DDR spielten nun Geld und Unterschriften eine wesentliche Rolle. Es waren die MfS-Offiziere selbst, die darauf achteten oder auch darauf drängten, dass die West-IM Agentenlohn annahmen und den Empfang möglichst auch quittierten. Spielte Geld bei der Anwerbung noch kaum eine Rolle, so erhielten schließlich doch 80 bis 90 Prozent aller West-IM einen Agentenlohn, der über die reine Unkostenerstattung hinausging. Der finanzielle Anreiz spielte längerfristig eine maßgebliche Rolle.

Als regelrechte „Überzeugungstäter“ kann man auf die Dauer gesehen somit nur einen kleinen Teil der West-IM bezeichnen. Darunter befinden sich aber auffallend viele Spitzen-IM, also West-IM, die besonders interessante nachrichtendienstliche Zugänge hatten und wertvolle Informationen beschafften. Das Motiv der politischen Überzeugung erwies sich aus MfS-Perspektive daher als das vorteilhafteste – es war jedoch längst nicht so weit verbreitet, wie es die MfS-internen Richtlinien propagierten.

Die nach 1990 erschienenen Memoiren früherer West-IM zeichnen in dieser Hinsicht ein verzerrtes Bild, denn es meldeten und melden sich fast nur jene West-IM zu Wort, die meinen, aus Überzeugung gehandelt zu haben und ihre frühere Agenten- oder Spitzeltätigkeit bis heute als verantwortungsvolles politisches Handeln idealisieren.²⁰ Auch ihr früherer heimlicher Chef Werner Großmann (geb. 1929), der nach einer langen Karriere in der HV A 1986 deren Leitung von Markus Wolf übernahm, hebt den Aspekt der Überzeugung hervor. Sein 2017 erschienener, autobiografischer Erinnerungsband heißt schlicht „Der Überzeugungstäter“.²¹

3. West-IM der rumänischen Securitate in der Bundesrepublik

IM-Richtlinien, Anweisungen und Handreichungen für Securitate-Offiziere

Ähnlich wie das MfS hat auch sein rumänisches Pendant, die Securitate, ihre Arbeit in zahlreichen normativen Bestimmungen fixiert und in weiteren Ausarbeitungen präzisiert. Eine erste IM-Richtlinie erließ Securitate-Chef Gheorghe Pintilie (1902–1985) im Jahr 1951. Sie benannte lediglich zwei Grundlagen, auf denen man Informanten für gewöhnlich anwerben könne: auf der Grundlage einer „patriotischen Überzeugung“, die in dem Wunsch bestehe, die Sicherheitsorgane im Kampf gegen die Feinde zu unterstützen, oder auf der Grundlage

20 Auf diese Verzerrung verweist auch Helmut Müller-Enbergs: Das Motiv, in: Ders., Christian Booß (Hrsg.): Die indiskrete Gesellschaft. Studien zum Denunziationskomplex und zu inoffiziellen Mitarbeitern, Frankfurt a.M. 2014, S. 91-135, hier S. 91 f.

21 Werner Großmann, Peter Böhm: Der Überzeugungstäter, Berlin 2017.

„kompromittierenden Materials“, was als eine Umschreibung für Druck oder Erpressung zu verstehen ist.²² 1976 erschien für den Securitate-internen Gebrauch eine vierzig Seiten starke Handreichung für die Anwerbung inoffizieller Mitarbeiter. In dieser Handreichung wurde vor allem der Aspekt betont, dass die anzuwerbenden IM die Gewähr bieten müssten, vertrauenswürdige und zuverlässige Personen zu sein und ebensolche Informationen zu liefern. Um diese Gewähr zu haben, müssten sich die Securitate-Offiziere während der Anwerbungsphase gründlich mit den Motiven der angehenden IM auseinandersetzen. Die Praxis habe gezeigt, dass zuverlässige IM meistens auf der Grundlage „patriotischer Gefühle und Überzeugungen“ arbeiteten. Der „Überzeugungstäter“ wurde also auch hier als effizientester Typus des IM charakterisiert und dementsprechend bevorzugt. In der Handreichung wurde auch darauf hingewiesen, dass es für eine IM-Tätigkeit eine große Bandbreite an Motiven gebe, doch wurde nicht näher auf diese Bandbreite eingegangen. Neben dem Überzeugungstäter wurde lediglich noch derjenige Typus thematisiert, der aufgrund materieller oder anderer Vorteile zu einer Kooperation mit der Securitate bereit sei.²³ In der IM-Richtlinie von 1951 und der Handreichung von 1976 wurde nicht zwischen einer IM-Tätigkeit im Inland und im Ausland unterschieden, doch in beiden waren offenkundig die Inlands-IM im Blickfeld.

Erst 1986 erließ Securitate-Chef Tudor Postelnicu (1931–2017) eine spezielle Regelung zur Anwerbung von Ausländern; zumindest ist bislang keine ältere Regelung bekannt geworden. Es handelt sich um die Anweisung Nr. 165 vom 15. Januar 1986.²⁴ Zu den Ausländern wurden gemäß dieser Anweisung ausdrücklich auch rumänische Staatsbürger mit Wohnsitz im Ausland sowie Ausländer mit rumänischer Herkunft gezählt. Die Ausländer-IM sollten als klassische Spione in den Bereichen Politik, Militär, Geheimdienste, Wirtschaft und Forschung eingesetzt werden, ferner als Einflussagenten, die politische Entscheidungen oder die politische bzw. inhaltliche Ausrichtung etwa einer Partei oder eines Verbandes in eine bestimmte Richtung hin beeinflussen sollten, und für Desinformationskampagnen. Die Anweisung Nr. 165 kannte drei Motive, auf deren Grundlage Ausländer als IM für die Securitate angeworben werden konnten. Es handelte sich um die drei Grundmuster, die auch in dem Richtlinienentwurf der HV A von 1959 genannt und in derselben Reihenfolge wie

22 Ministerul Afacerilor Interne, Direcțiunea Generală a Securității Statului: Directiva referitoare la munca cu agentura [Ministerium für Innere Angelegenheiten, Hauptverwaltung für Staatssicherheit: Richtlinie für die Arbeit mit der Agentur] 1951. Die Richtlinie ist veröffentlicht in Cristina Anisescu, Silviu B. Moldovan u.a. (Hrsg.): „Partiturile“ Securității. Directive, ordine, instrucțiuni (1947–1987) [Die „Partituren“ der Securitate. Richtlinien, Befehle, Anweisungen (1947–1987)]. București 2007, S. 204–216, hier S. 210.

23 Ministerul de Interne: Criterii privind recrutarea de informatori și colaboratori pentru munca de Securitate [Ministerium des Innern: Kriterien für die Rekrutierung inoffizieller Mitarbeiter für die Arbeit der Securitate], 1976; ACNSAS, D 008712, vol. 1, partea 19, S. 10–14; im Internet unter: http://www.cnsas.ro/documente/materiale_didactice/D%20008712_001_p19.pdf [letzter Zugriff: 11.8.2017].

24 Ministerul de Interne, D.S.S., Direcția I: Instrucțiunile nr. 000165 din 15.1.1986 [Ministerium des Innern, Abteilung für Staatssicherheit, Hauptabteilung I: Anweisungen Nr. 165 vom 15.1.1986]; ACNSAS, D 007929, vol. 485, Bl. 1–27; im Internet unter: http://www.cnsas.ro/documente/acte_normative/D%20007929_485%20fila%20001-027.pdf [letzter Zugriff: 11.8.2017]. Für die nachfolgenden Ausführungen siehe darin insbesondere Bl. 3 f., 11, 15, 18, 23, 25.

diese angeführt wurden.²⁵ Hierzu zählten erstens politische Überzeugungen sowie Sympathien des Ausländers für Rumänien, zweitens materielle oder andere Eigeninteressen des angehenden IM und drittens kompromittierende Umstände – also Druck bzw. „Wiedergutmachung“. Weder diese Anweisung noch andere bislang bekannte Securitate-Dokumente vertieften die Frage nach den Motiven der West-IM. Ebenso wie im MfS verlangte auch die Anweisung Nr. 165, den West-IM beständig zu erziehen und zu motivieren. Auf diese Weise sollte er sich moralisch und fachlich dahingehend weiterentwickeln, seine Aufgaben zunehmend besser zu erfüllen. Seine Sympathien gegenüber dem sozialistischen Rumänien sollten gepflegt und seine Anhänglichkeit und somit auch Loyalität an die Securitate intensiviert werden. Zugleich sollte die Erziehungsarbeit den politischen und gesellschaftlichen Einflüssen entgegenwirken, denen der IM in einem westlichen Land permanent ausgesetzt war. Unabhängig von ihren Motiven sollten West-IM in Relation zur Wertigkeit ihrer Informationen oder Tätigkeiten belohnt werden, sei es in Form von Geld, wertvollen Geschenken oder auf andere Weise. Im Gegensatz zu den MfS-Dokumenten thematisierte die Anweisung Nr. 165 auch den möglichen Einfluss des West-IM auf den Führungsoffizier und erweiterte damit die Perspektive: Die Führungsoffiziere wurden ausdrücklich davor gewarnt, sich von den West-IM korrumpieren oder in illegale Aktivitäten hineinziehen zu lassen, und ebenso wurde ihnen untersagt, die West-IM zur Lösung privater Probleme zu nutzen. Hier kamen die Erfahrungen des Securitate-Apparats mit Korruption in den eigenen Reihen zum Ausdruck. Korruption konnte offenbar dazu führen, dass die Rollen zwischen Führer (Offizier) und Geführtem (West-IM) auch wechseln konnten und es einem West-IM gelang, seinerseits seinem Führungsoffiziere Aufträge zu erteilen.

Die normativen und theoretischen Securitate-Schriften belegen, dass man sich innerhalb der Securitate ähnliche Gedanken über das Profil der West-IM machte wie beim MfS. Einiges davon zählt auch schlicht zu den allgemeinen Grundlagen nachrichtendienstlicher Arbeit, anderes trug den besonderen Verhältnissen eines geteilten Landes und eines geteilten Kontinentes sowie der ideologischen Ost-West-Konfrontation Rechnung. Tiefergehende Analysen wie die des HVA-Obersten Rösler sind aus den Überlieferungen der Securitate bislang nicht bekannt geworden.²⁶

25 Es ist unwahrscheinlich, dass der HVA-Entwurf von 1959 der Securitate vorlag. Die Kooperation zwischen beiden Geheimdiensten kam zwar erst in den 1960er Jahren zum Erliegen, aber es gehörte auch zuvor nicht zu den Gepflogenheiten beider Institutionen, solche Entwürfe auszutauschen. Die Ähnlichkeiten resultieren teils daraus, dass es sich um allgemeingültige Muster handelte, teils daraus, dass alle sozialistischen Geheimdienste seit Ende der 1940er Jahre ihre Regularien am Vorbild des sowjetischen KGB ausrichteten. Die Securitate entzog sich seit den 1960er Jahren dem KGB, doch waren zu dieser Zeit die Muster schon vorgegeben.

26 Anders als das MfS unterhielt die Securitate keine eigene Hochschule. Für die entsprechende Ausbildung ihrer Mitarbeiter stand ihr die Militärschule des Innenministeriums im Bukarester Stadtteil Băneasa zur Verfügung, wo auch die Miliz (Polizei) ihr Personal schulte. Der Verfasser des vorliegenden Beitrags hatte bislang noch keine Möglichkeit, sich ausführlich mit dieser Ausbildungsstätte zu beschäftigen.

Fallbeispiele

Der gegenwärtige Forschungsstand unterscheidet sich ebenso wie die Aktenüberlieferung. Wie oben dargelegt, ist der Kenntnisstand über die West-IM, die im Geheimen für das MfS arbeiteten, vergleichsweise gut. Es gibt breit angelegte empirische Untersuchungen, die allgemeine Aussagen über die Motive der West-IM treffen. Über die West-IM der Securitate ist bislang weniger bekannt. Es sind zwar eine ganze Reihe einzelner Fälle und geheimdienstlicher Operationen bekannt geworden, aber es gibt weder quantitative noch qualitative Analysen über die IM der Securitate in der Bundesrepublik oder einem anderen westlichen Land.²⁷

Im Folgenden werden drei Biografien von Securitate-IM in der Bundesrepublik kurz vorgestellt, um auf diese Weise Anhaltspunkte für die Motive einer West-IM-Tätigkeit zu bekommen. Im ersten Fall geht es um eine Frau, die an Menschenraub-Aktionen der Securitate mitwirkte, in den beiden anderen Fällen geht es um Männer, die als Einfluss-Agenten ein positives Rumänienbild in der Bundesrepublik verbreiten sowie auf die aus Rumänien stammenden Emigranten und Aussiedler im Sinne des Ceaușescu-Regimes einwirken sollten.

IM „Gerda“ und drei Menschenraub-Aktionen der Securitate in Berlin und Wien

In den 1950er Jahren wurden mehrere hundert Menschen von östlichen Geheimdiensten von West nach Ost verschleppt. Das traf unbequeme, aktive Regimegegner ebenso wie geflohene Funktionäre. Manche kamen nach längeren Haftstrafen wieder frei, andere wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Ein großer Teil dieser Menschenraub-Aktionen ereignete sich in Berlin, da die Ost-West-Grenze dort bis zum Mauerbau am 13. August 1961 noch durchlässig war. Vor allem das MfS bediente sich damals dieser Methode, aber auch die Securitate.²⁸

An drei Menschenraub-Aktionen der Securitate in den Jahren 1956 und 1958 wirkte IM „Gerda“ als Informantin und Lockvogel aktiv mit.²⁹ „Gerda“, Jahrgang 1926, war eine Siebenbürger Sächsin aus der Gegend von Mühlbach (Sebeș), sie war gelernte Metzgereiverkäuferin, die 1942 als 16-Jährige der deutschen Wehrmacht in Rumänien als Krankenschwester zugeordnet wurde und bei Kriegsende nach Berlin kam. Sie ließ sich in Westberlin nieder, wo sie heiratete und eine Familie gründete. 1956 wurde sie in der rumänischen Botschaft in Ostberlin vorgestellt, um ein Visum für Rumänien zu beantragen, weil sie ihre Mutter und ihre Brüder besuchen wollte. Bei dieser Gelegenheit ließ sie sich von einem Securitate-Offizier der Botschaft als IM anwerben. Sie lieferte fortan mäßig interessante

27 Einen allgemeinen und aktuellen Überblick über die rumänische Auslandsspionage bis 1989 bietet Florian Banu: *De la SSI la SIE. O istorie a spionajului românesc în timpul comunist (1948–1989)* [Vom SSI zum SIE. Eine Geschichte der rumänischen Spionage in der kommunistischen Zeit (1948–1989)], București 2016.

28 Grundlegend zum Thema ist die Studie von Susanne Muhle: *Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR*, Göttingen 2015.

29 Die nachfolgende Darstellung über IM „Gerda“ basiert auf Georg Herbstritt: *Entzweite Freunde. Rumänien, die Securitate und die DDR-Staatssicherheit 1950 bis 1989*, Göttingen 2016, S. 71-75, 88-93, 98-109.

Informationen über rumänische Emigranten in Westberlin, die damals im Fokus der Securitate standen, um dann als Lockvogel in drei Entführungsfällen eingesetzt zu werden. Im November 1956 überredete sie weisungsgemäß den stellvertretenden Vorsitzenden der „Rumänischen Kolonie Berlin“, Vergiliu Eftimie (1914–1992), mit ihr zu verschiedenen Einkäufen nach Ostberlin zu fahren. Dort nahm ihn das MfS unter einem Vorwand fest und überstellte ihn den Securitate-Offizieren der rumänischen Botschaft. Diese verhörten ihn die ganze Nacht hindurch und ließen ihn erst frei, nachdem sie von ihm die Zusage erpresst hatten, künftig als Informant für sie zu arbeiten. Eftimie hielt sich nicht an diese Zusage, sondern lehnte den Kontakt zu den Securitate-Offizieren konsequent ab. Zugleich erlegte er sich in seinen politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten fortan enorme Zurückhaltung auf: Die Securitate hatte ihn nachhaltig eingeschüchtert und somit ein Stück ihres Zieles erreicht, nämlich die rumänische Emigration in Berlin als politischen Faktor auszuschalten oder zu neutralisieren.

Im Januar 1958 legte IM „Gerda“ auf ihrer Rückreise von Rumänien nach Berlin weisungsgemäß in Wien einen Zwischenstopp ein. In der österreichischen Hauptstadt nahm sie Kontakt zu Traian Puiu (1913–1990) auf, einem der prominentesten Exil-Legionäre und damaligen Generalsekretär der Legionärsbewegung, der sein Geld nun als Immobilienmakler verdiente. Puiu hatte sich im Januar 1941 am Aufstand der faschistischen Legionäre gegen den rumänischen Militärdiktator Ion Antonescu (1882–1946) beteiligt und war nach dessen Niederschlagung nach Deutschland geflüchtet. Nach dem Sturz Antonescus und dem Seitenwechsel Rumäniens im August 1944 hatte das NS-Regime eine rumänische Gegenregierung in Wien installiert, die vom Anführer der Legionäre, Horia Sima (1906–1993), geleitet und von Traian Puiu unterstützt wurde. IM „Gerda“ trat nun mit der Bitte an Traian Puiu heran, ihr eine Wohnung in Wien zu vermitteln. Als Puiu sich daraufhin zu ihr begab, erwarteten ihn dort bereits mehrere Securitate-Mitarbeiter. Sie überwältigten ihn und brachten ihn heimlich zurück nach Rumänien, wo ein Gericht ihn zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilte. 1964 wurde er im Rahmen einer großen Amnestie aus der Haft entlassen.

Nach dieser Aktion richtete sich der Blick der Securitate auf Oliviu Beldeanu (1924–1960). Beldeanu hatte im Februar 1955 mit vier anderen jungen Emigranten die rumänische Gesandtschaft in Bern überfallen, um gegen das kommunistische Regime zu protestieren. Dabei erschossen sie einen Mitarbeiter der Gesandtschaft. Im Herbst 1957 aus einem Schweizer Gefängnis entlassen, ließen sie sich in München nieder. IM „Gerda“ erhielt nun den Auftrag, sich der Gruppe um Beldeanu zu nähern. Zu diesem Zweck führte sie ihren Bruder der Securitate zu, der als IM „Gerhard“ mit ihr zusammen in München eine Kantine und Metzgerei eröffnete, wo Beldeanu und seine Gruppe schon bald verkehrten und observiert werden konnten. IM „Gerhard“, der Bruder von „Gerda“, war ab 1942 beim nationalsozialistischen Sicherheitsdienst (SD) tätig; ab 1943 war er Wachmann im Büro von SD-Chef Ernst Kaltenbrunner (1903–1946), wie er die Securitate vorab wissen ließ, die darin aber keinen Grund sah, ihn nicht zu rekrutieren. Mit der Hilfe von „Gerda“ und anderen gelang es, Oliviu Beldeanu im August 1958 zu einer Reise nach Westberlin zu überreden. Dort erwartete ihn ein weiterer Securitate-IM, der ihn über die offene Grenze nach Ostberlin chauffierte. Unmittelbar hinter der Grenze im Zentrum Berlins nahm ihn ein MfS-Kommando nach einem kurzen Schusswechsel fest und übergab Beldeanu absprachegemäß der Securitate. Dieser Fall fand damals Widerhall in den Zeitungen Ost- und Westberlins. Beldeanu wurde nach Rumänien gebracht, zum Tode verurteilt und 1960 hingerichtet.

Ende 1958 kam die US-amerikanische Spionageabwehr der IM „Gerda“ auf die Spur. Daraufhin wurde „Gerda“ auf Anweisung der Securitate-Führung samt ihrer Familie zuerst in die DDR nach Leipzig zurückgezogen, und wenig später nach Siebenbürgen. Ihr Mann und ihr Sohn kehrten Mitte der 1960er Jahre nach Westberlin zurück, die Familie zerbrach.

„Gerda“ war gewiss eine nützliche, zuverlässige und engagierte inoffizielle Mitarbeiterin der Securitate, die den Folgen ihres Tuns vermutlich gleichgültig oder kaltblütig gegenüberstand. Irgendeine politische Überzeugung lag ihrem Handeln offensichtlich nicht zugrunde. Die Akten zeigen sie als eine Frau, die an eigenen Vorteilen und an Geld interessiert war. Sie verpflichtete sich als IM, um unkompliziert in ihre alte Heimat reisen zu können, und ihr Agentengehalt in den Jahren 1956 bis 1958 war in etwa so hoch wie der damalige Durchschnittsverdienst eines Berufstätigen in der Bundesrepublik. Ein Securitate-Offizier vermerkte schon Ende 1956, dass „Gerda“ ihre Beziehungen zur Securitate zunehmend „für eigene materielle Interessen auszunutzen“ versuche. Demgegenüber steht ein Selbstzeugnis der IM „Gerda“. Mitte der 1960er Jahre schrieb sie in einer persönlichen Notiz, die sich in ihrer Securitate-Akte findet, wörtlich Folgendes: „Ich habe in meinem Leben nur für andere gelebt und habe mich aufgeopfert [...]“. Abgesehen von dem Zynismus, der in dieser Aussage steckt, lässt dieser Satz die Schlussfolgerung zu, dass „Gerda“ es gewohnt war, zu funktionieren und zu gehorchen, und ihr Tun mit diesen vermeintlichen Tugenden vor sich legitimierte. Eine Überzeugung spricht aus dieser Notiz nicht.

Fritz Cloos: Einflussagent mit NS-Vergangenheit

Im Mittelpunkt des zweiten Fallbeispiels steht ebenfalls ein Siebenbürger Sachse: Friedrich Sigmund (Fritz) Cloos (1909–2004) aus Kronstadt (Braşov).³⁰ Cloos engagierte sich als junger Mann seit Anfang der 1930er Jahre in der NS-Bewegung in Siebenbürgen und bekleidete dort hohe Funktionen. Nebenbei war er Agent des SD. Im Februar 1945 übernahm er faktisch die Leitung der Deutschen Volksgruppe in Rumänien. Im März 1945 wurde er in Bukarest verhaftet, musste zehn Jahre in einem sowjetischen Gefangenenlager arbeiten und wurde 1955 nach Rumänien überstellt. Dort kam er zunächst noch für einige Monate in das Gefängnis von Gherla. In dieser Zeit verhörte ihn die Securitate ausgiebig und warb ihn als IM an. Seine NS-Vergangenheit und insbesondere seine Erfahrungen als SD-Mitarbeiter machten ihn für die Securitate besonders interessant. Aus dem Gefängnis entlassen, lieferte Fritz Cloos fortan mit viel Eifer denunziatorische und folgenschwere Berichte über andere Menschen. Die Securitate-Offiziere waren mit ihm hochzufrieden und siedelten ihn 1961 als Einflussagent in die Bundesrepublik über. Sein geheimdienstlicher Auftrag bestand neben der Informationsbeschaffung vorrangig darin, in der Bundesrepublik ein positives Rumänienbild zu verbreiten und hier die national-kommunistische rumänische Geschichtsschreibung zu popularisieren. Inhaltlich bedeutete dies, Rumäniens Rolle

30 Die nachfolgende Darstellung über Fritz Cloos basiert auf der quellengestützten Publikation von William Totok: Mit tückischer Durchtriebenheit. Durchsetzung der offiziellen Geschichts- und Kulturpolitik im national-kommunistischen Rumänien mit nachrichtendienstlicher Unterstützung. Teil II, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 26 (2014), H. 1-2, S. 147-166.

als wichtiger Verbündeter Deutschlands im Zweiten Weltkrieg herunterzuspielen und das Land als Opfer NS-Deutschlands darzustellen. Analog dazu durften die NS-Akteure unter den Rumäniendeutschen als „Marionetten“ Berlins beschrieben werden, womit sie von eigener Schuld und Verantwortung weitgehend freigesprochen wurden. Der außenpolitische Sonderweg Rumäniens und die demonstrative Distanzierung des rumänischen Partei- und Staatschefs Nicolae Ceaușescu von der sowjetischen Hegemonialmacht wurden in eine (vermeintlich) lange Tradition nationalen Unabhängigkeitsstrebens des rumänischen Volkes gestellt. Mit solchen Sichtweisen sollte von den innenpolitischen Problemen und Repressionen abgelenkt und das Prestige Ceaușescus im westlichen Ausland gehoben werden.

Nun hätte sich Cloos in der Bundesrepublik relativ leicht von der Securitate lösen können. Doch er erfüllte noch ein Vierteljahrhundert lang seine geheimdienstlichen Aufträge. Unter anderem engagierte er sich in der SPD und wurde 1976 Mitglied im SPD-Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen. Außerdem gründete er 1965 die „Arbeitsgemeinschaft für südostdeutsche Volks- und Heimatforschung“, in der viele ehemalige rumäniendeutsche Nazis zusammenkamen. Die „Arbeitsgemeinschaft“ diente Cloos insgeheim als Plattform, um seine Desinformationen im Sinne der Securitate in die bundesdeutsche Öffentlichkeit zu transportieren. 1987 beendete die Securitate schließlich die Zusammenarbeit mit dem inzwischen 78-jährigen Cloos aus Altersgründen.

Im Jahr 2014 hat der rumäniendeutsche Publizist William Totok (geb. 1951) die IM-Biografie von Cloos in einem Aufsatz offengelegt, auf dem auch die hier vorliegende Schilderung basiert. Totok schildert Cloos als einen hoch motivierten Agenten, der viel Eigeninitiative entwickelte und den zumindest zwei Motive antrieben: das ansehnliche Agentengehalt, das zeitweise über seinem regulären Arbeitseinkommen lag, und die Freude daran, über Macht und Einfluss zu verfügen. Cloos' mehrfach geäußerte Behauptung, er habe sich schon 1943 von der NS-Ideologie distanziert, charakterisiert Totok hingegen als „autobiografische Legende“. Es gibt daher keine Anzeichen, dass Cloos seine Tätigkeit als West-IM auf der Grundlage einer politischen Überzeugung ausgeübt hätte. Allem Anschein nach sah er in der geheimdienstlichen Arbeit eine Möglichkeit, eigene Ziele und Interessen umzusetzen.

Pamfil Șeicaru: Kooperation aufgrund patriotischer Gesinnung

Das dritte Fallbeispiel handelt von Pamfil Șeicaru (1894–1980), der in der Zwischenkriegszeit einer der wichtigsten Zeitungsmacher und Publizisten Rumäniens war.³¹ Seit 1928 gab er die einflussreiche Tageszeitung „Curentul“ heraus, die anfangs noch moderat rechtsnational orientiert war und ab 1940 konsequent den Kurs des Militärdiktators und Hitler-Verbündeten Ion Antonescu unterstützte. Im Sommer 1944 reiste Șeicaru nach Spanien, das ihm in den folgenden drei Jahrzehnten als Exilland diente. 1974 zog er in die Nähe Münchens, wo er 1980 starb.

31 Die nachfolgende Darstellung über Pamfil Șeicaru stützt sich auf die kommentierte Aktenedition von Dinu Zamfirescu: *Cărțile Securității. Agenți de influență din exilul românesc* [Die Maulwürfe der Securitate. Einflussagenten im rumänischen Exil], Iași 2013, S. 93-243, sowie Herbstritt, *Entzweite Freunde* (wie Anm. 29), S. 478-480.

Şeicaru blieb publizistisch aktiv, und die Securitate nahm davon Kenntnis. So registrierte sie auch, dass er die außenpolitische Distanzierung Rumäniens von der Sowjetunion seit den frühen 1960er Jahren positiv kommentierte. Die Securitate schickte daraufhin Emissäre zu ihm nach Spanien mit dem Ziel, sich ihm zunächst anzunähern und ihn dann für die propagandistischen Ziele des kommunistischen Rumäniens einzuspannen. Ohne sich förmlich als IM zu verpflichten, nahm Şeicaru etwa seit den späten 1960er Jahren materielle und ideelle Unterstützung der Securitate an, um seine Schriften zu publizieren. Er stellte darin den national-kommunistischen Kurs Ceauşescus einseitig als Politik der nationalen Unabhängigkeit dar. Der Nationalismus wurde zu einem verbindenden Element zwischen den Kommunisten in Bukarest und dem zum Teil weit rechts orientierten rumänischen Exil. Bekannte Persönlichkeiten wie Şeicaru entkräfteten mit ihren Schriften die Argumente einiger anderer Regimegegner im Exil, indem sie auf die – teils gegebene, teils konstruierte – Interessensidentität zwischen dem Ceauşescu-Regime und den national orientierten Emigranten hinwiesen. Auch dies war eine Methode, um das politische Exil zu neutralisieren. Folgt man den Akten, bewahrte sich Şeicaru aber eine gewisse Unabhängigkeit und ließ sich nicht so direkt steuern wie Cloos.

Die Securitate wusste jedoch, wie sie Şeicaru für sich einnehmen konnte. Sie sorgte dafür, dass Ceauşescu 1966 in einem geheimen Dekret das Todesurteil gegen Şeicaru von 1945 aufhob. Sie wusste auch, dass Şeicaru sich nach Rumänien sehnte. Deshalb ermöglichte sie ihm im August 1976, für eine Woche heimlich nach Rumänien zu reisen. Diese Reise blieb seiner engsten Umgebung allerdings nicht verborgen. 1978 wurde – ohne Zutun der Securitate – Şeicarus Zeitung „Curentul“ in München als zweimonatliche Exilzeitung wieder gegründet. Die Hoffnungen der Securitate, auf diesem Weg noch intensiver auf die rumänischen Emigranten einzuwirken, erfüllten sich jedoch nicht. Denn Şeicaru starb 1980 in der Nähe Münchens, und der von ihm als Herausgeber eingesetzte Emigrant Vasile Dumitrescu (1916–1992) war gegenüber Einflussnahmen der rumänischen Kommunisten immun.

Şeicaru ist somit ein Beispiel für diejenigen West-IM, die sich aufgrund von Sympathie für Rumänien, aufgrund „patriotischer Gefühle“, mit der Securitate einließen. Wahrscheinlich spielte zumindest in seinen letzten Lebensjahren auch Sentimentalität eine Rolle. Hinzu kam bei ihm als politisch Denkendem und leidenschaftlich Schreibendem das Lockmittel, noch einmal politisch wahrgenommen werden und Einfluss haben zu können. Gleichwohl ordnete er sich der Securitate nicht in der Weise unter, wie dies „Gerda“ und Cloos taten.

4. Schlussbetrachtung: Grenzen der Erkenntnis

Die drei Biografien, die hier knapp skizziert wurden, können eine empirische Analyse nicht ersetzen. Doch diese Fallbeispiele wurden mit der Absicht ausgewählt, eine möglichst große Bandbreite unterschiedlicher Aspekte vorzustellen.

Die ersten Kontakte mit der Securitate fanden unter jeweils anderen Voraussetzungen und in verschiedenen Ländern statt, und die Zusammenarbeit war von unterschiedlichen Interessen geleitet. Die Securitate zeigte sich flexibel, wenn es darum ging, die Zusammenarbeit mit ihren geheimen Mitarbeitern im Westen zu stimulieren. Ideologische Gegensätze bildeten keine Barriere für die geheime Zusammenarbeit, und mitunter fielen die Interessen von Kommunisten und Nationalisten zusammen. Politische Überzeugung spielte im Einzel-

fall durchaus eine Rolle, doch dürfte sie allenfalls bei einer Minderheit der West-IM der Securitate ein dauerhaft tragendes Motiv für die geheimdienstliche Kooperation gewesen sein. Da sich die West-IM dem Einfluss der Securitate relativ leicht entziehen konnten und somit ohne Zwang in der Bundesrepublik geheimdienstlich agierten, betrieben die zuständigen Securitate-Offiziere in jedem Einzelfall eine Art von Motivforschung, um die entsprechende Person an den Geheimdienst zu binden.

Es ist hier nicht der Platz, um das Vorgehen von MfS und Securitate vergleichend zu analysieren. Die Feststellungen und Beobachtungen, die in dem vorliegenden Aufsatz getroffen wurden, lassen jedoch schon erkennen, dass beide Geheimdienste in ihrer Tätigkeit gegen die damalige Bundesrepublik von unterschiedlichen Grundgegebenheiten ausgehen mussten: Das MfS agierte unter den besonderen – und für seine Zwecke vorteilhaften – Bedingungen eines geteilten Landes. Dadurch bildet das MfS in heutigen Untersuchungen aber immer einen Sonderfall. Die Securitate verfügte nicht über diesen „Heimvorteil“, wengleich die Gruppe der Rumäniendeutschen in mancher Hinsicht ähnliche Bindungen zur Bundesrepublik unterhielt wie die DDR-Deutschen. Indem hier die West-IM zweier östlicher Geheimdienste berücksichtigt werden, basieren die Schlussfolgerungen auf einer breiteren Grundlage als dies etwa bei einer rein innerdeutschen Betrachtung der Fall wäre. Auf diese Weise wird erkennbar, dass MfS und Securitate trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen vor den selben Fragen hinsichtlich der Motive ihrer West-IM standen und einen je ähnlichen Pragmatismus an den Tag legten, um ihre West-IM an sich zu binden.

Um den Stellenwert der „Überzeugungstäter“ genauer zu erkennen, bedarf es einer breit angelegten Aktenanalyse. Dabei sind den Erkenntnismöglichkeiten jedoch Grenzen gesetzt. Motive für eine IM-Tätigkeit können in einem persönlichen Bereich liegen, der in den Akten überhaupt nicht auffindbar ist. Die Geheimdienstoffiziere legten ihrer Motivforschung zudem bestimmte Raster zugrunde, die manche Aspekte nicht oder nur ungenügend erfassen.

Bedenkenswert ist daher, was die MfS-Hauptabteilung II 1972 konstatierte. Diese Abteilung war für den weiten Bereich der Spionageabwehr verantwortlich. Zum Jahresende 1971 führte sie 715 inoffizielle Mitarbeiter, von denen 139 im Westen lebten.³² Um die Arbeit der Abteilung zu verbessern, erarbeitete sie 1972 eine sozialstatistische Analyse ihres IM-Netzes. Die Untersuchung beinhaltete auch Zahlen zu den Motiven der IM für die geheimdienstliche Zusammenarbeit, der Anteil der politisch Überzeugten wurde als sehr hoch beziffert. Zugleich wurden interessante Einschränkungen vorgenommen: „Es gibt zum Beispiel noch eine bedeutende Anzahl von IM, bei denen die entscheidenden Motive der Zusammenarbeit zur Zeit nicht eindeutig bestimmt werden können [...]“. Und ausdrücklich auf die West-IM bezogen hieß es, dass es „hinsichtlich der IM im Operationsgebiet in der Regel schwieriger ist, ihr Persönlichkeitsbild ständig zu vervollkommen und ihre Handlungen umfassend zu analysieren wie bei DDR-IM [...]“.³³ Die Erkenntnisgrenzen, die das MfS in den frühen 1970er Jahren konstatierte, wird auch die künftige „Täterforschung“ in diesem Bereich zu bedenken haben.

32 MfS, HA II, 1.6.1972: Einschätzung des Standes und der Qualität der Arbeit mit dem IM/GMS-System; BStU, MfS, HA II, Nr. 22899, Bl. 1-52, hier 4 f. Zu den 715 IM kamen in der DDR noch rund 600 IMK („Inoffizielle Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration“) und GMS („Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit“), die in gewisser Weise nur Hilfsfunktionen ausübten.

33 Ebenda, Bl. 17 f.

Summary

In the years up to 1989, why did so many residents of the Federal Republic of Germany work as unofficial collaborators (inoffizielle Mitarbeiter; IM) for the Stasi or Securitate, the Communist State Security Services of the German Democratic Republic and Romania? They generally did so voluntarily, were fully aware that it was a punishable offence and were not able to justify their actions by any mitigating urgent or emergency circumstances. The state security services themselves tried to find answers to these questions: knowing the exact motives of the „West-IMs“ provided an important basis for collaboration.

This research into the motives of the collaborators is to be found in the internal documents of the security services – both in their basic policy documents as well as in the files on the individual IMs. The ideal IMs in enemy country were those who acted on their convictions because their loyalty could best be relied upon. In fact, however, the motives of the „West-IMs“ were often multi-faceted and varied over time, so that not even the handling case officers were always able to clearly identify them.